

Werbung



Nussknacker aus dem Erzgebirge

Traditionelle, außergewöhnliche & moderne Designs

SEIFFEN.COM
by Nestler

10% RABATTCODE
APOLLO-10-25

Hier
Nussknacker
sichern



06.11.2025 • 61

Anfragen für Russland?

Laute Reden, aber kaum Konkretes: Bundestag debattiert über AfD-Spionage-Vorwürfe

Der Bundestag diskutierte über die Spionage-Vorwürfe gegen die AfD. Abgeordnete der übrigen Fraktionen hielten laute, polemische Reden, belegten dabei aber fast gar nichts. Die AfD reagierte mit Hämme und Spott.



Max Roland

X @maxroland20



Für die AfD bemühte sich Markus Frohnmaier, die Vorwürfe abzuwehren – er trat vor allem mit Spott über die übrigen Parteien und ihre Behauptungen auf. (IMAGO/Bernd Elmenthaler)

In einer Aktuellen Stunde hat der Bundestag am Mittwoch über die gegen die AfD erhobenen Spionage- und Aushorch-Vorwürfe debattiert. Seit einer entsprechenden Anschuldigung von Thüringens Innenminister Georg Maier ([hier](#) mehr dazu) sieht sich die AfD Anwürfen ausgesetzt, sie würde gezielt parlamentarische Anfragen zu militärisch und sicherheitspolitisch sensiblen Informationen stellen.

Damit setzte sich das Parlament auf Betreiben der Regierungsfractionen von Union und SPD auseinander. Alle übrigen Parteien machten der AfD schwere Vorwürfe. Redner von CDU, SPD und Grünen steigerten sich in harte Attacken hinein – ohne dabei jedoch handfeste Belege für die Vorwürfe vorzubringen.

CDU-Politiker Mark Henrichmann eröffnete die Debatte mit scharfen Angriffen. Bei vielen Anfragen der AfD würde sich ein Muster zeigen: etwa bei kleinteiligen Anfragen zu Kraftwerken, den Drohnenkontrollstationen der Bundeswehr oder zum Schutz von Kraftwerken. „Was hat dieses detaillierte Nachfragen mit parlamentarischer Arbeit zu tun? Oder umgekehrt: Will ein feindlicher Staat nicht genau das von seinen Feinden wissen?“, fragte Henrichmann rhetorisch.

Er nannte auch diverse Reisen russlandfreundlicher AfD-Politiker nach Russland oder in die besetzten Gebiete auf der Krim oder der Ostukraine als Anhaltspunkte. „Es ist mindestens eine russlandtreue Schläferzelle, die Sie da haben in Ihren Reihen. Und die sind Grund für Sorge.“ Die AfD lasse sich vom Kreml „am Halsband durch die Manege“ führen. „Wenn ich Wladimir Putin wäre: Ich würde mich freuen über eine Partei in Deutschland, die meine Narrative ungefragt teilt“, polemisierte der Abgeordnete. „Was für ein Glück für Wladimir Putin, dass es in Deutschland die AfD gibt.“

Werbung

Auch die SPD-Politikerin Sonja Eichwede machte entsprechend harte Vorwürfe. Die AfD agiere im Parlament als „Handlanger russischer Interessen“ und nehme damit eine „gefährliche Rolle in Putins geopolitischem Machtspiel ein.“ Die AfD gefährde damit die Sicherheit Deutschlands und sei „eine Gefahr für unsere Demokratie“. „Sie geben Informationen weiter“, behauptete Eichwede. Die AfD betreibe „ganz klar die Ausspähung der Infrastruktur“.

LESEN SIE AUCH:



„Generation Deutschland“

Vor Gründung neuer Jugendorganisation: Hotel kündigt AfD – Antifa will „Gießen zum Brennen bringen“

Redaktion • 38



Doppelinterview

Bei Maischberger streiten Frohnmaier und Röttgen über die AfD, Russland und Steinmeiers Brandmauer-Rede

Matthias Böttger • 77 

Der SPD-Abgeordnete und ehemalige Arbeitsminister Hubertus Heil fragte für seine Fraktion, ob die Landes- oder Bundestagsabgeordneten das im Interesse ihres Wahlkreises gefragt hätten. „Wem nützen diese Fragen? Denjenigen, die diese Sicherheit unterminieren wollen“, sagte er und rief in Richtung AfD: „Sie sind das trojanische Pferd des Kreml!“

Für die Grünen sprach zunächst die Abgeordnete Irene Mihalic. Die Innenpolitikerin, die wegen der Vorwürfe bereits die Entziehung des parlamentarischen Fragerechts für die AfD gefordert hatte (lesen Sie hier mehr), eröffnete ebenfalls mit einer vollen Breitseite: „Die AfD ist nicht nur rechtsextrem und verfassungsfeindlich, sondern eine ganz reale Gefahr für unser Land. Ihr Hass und ihr Rassismus haben jeden Tag Konsequenzen für viele.“

Werbung

Klar sei: „Die AfD möchte dieses Land in vor-grundgesetzliche Zeiten zurückführen und dafür wird sie von Autokratien wie Russland unterstützt.“ Im Gegenzug würde die AfD „dem Aggressor Putin die Einfallstore sperrangelweit“ aufhalten – „eine Hand wäscht die andere“, so Mihalic. Die Russland-Nähe vieler in der AfD habe System. Russland habe es auf die Sicherheit Deutschlands abgesehen, „und die AfD lässt sich als Trojanisches Pferd für die Interessen des Kremls einspannen“.

Es sei deshalb „Zeit, zu handeln“, sagte Mihalic – und zielte auf ein AfD-Verbot ab. „Wenn relevante Personen dieser Partei mit dem Kreml kooperieren, um unser Land systematisch zu schwächen – dann dürfen wir nicht tatenlos zusehen, sondern müssen die Grundlage für ein mögliches Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht legen.“ Sie forderte die Union auf, diesen Weg gemeinsam mit den Grünen zu gehen.

Der Linken-Abgeordnete Jan Köstering betonte, dass die AfD „ihren Einfluss im Sinne Russlands und Putins einsetzt.“ Dass dies geschehe, liege „klar auf dem Tisch.“ Er zählte diverse Beispiele von Mitarbeitern der AfD auf, die teilweise belegbar für den russischen Staat tätig waren – etwa Wladimir Sergijenko, der Mitarbeiter des ehemaligen, pro-russischen AfD-Bundestagsabgeordneten Eugen Schmidt. Ihm waren Verbindungen zum russischen Geheimdienst FSB nachgewiesen worden.

Werbung

Fälle wie dieser würden klar beweisen: „Es ist nicht so, dass die russische Führung unwissende und unbescholtene Abgeordnete der AfD ausnutzt. Das Verhältnis der AfD zur russischen Staatsführung basiert vielmehr auf Gegenseitigkeit.“ Man teile „gemeinsame Wertvorstellungen und gemeinsame Interessen.“

Der AfD-Abgeordnete Markus Frohnmaier reagierte auf die Rede von Henrichmann sowie die Vorwürfe insgesamt mit Häme und Spott. Während Syrer kaum abgeschoben würden und einer jüngst gar einen Terroranschlag begehen wollte, „macht die CDU eine Aktuelle Stunde zu ihrem Lieblingsthema: Moskau, Moskau, Moskau.“ Frohnmaier, der als zweiter Redner in der Debatte sprach, sprach von „inszenierter Empörung“ und wurde dabei streckenweise ähnlich polemisch wie sein CDU-Vorredner. Die AfD sei die beliebteste Partei in Deutschland – „nicht wegen Herrn Putin“, sondern ihrer Programmatik.

„Sie behaupten hier heute, die AfD sei ein Sicherheitsrisiko“, sagte Frohnmaier an die Adresse der CDU. „Wenn das stimmt, dann würden wir doch von den regierungskontrollierten Sicherheitsorganen endlich Beweise bekommen. Stapelweise illegale Aktivitäten, Anklagen, Prozesse, Urteile: Wenn wirklich irgendwas dran wäre, hätten Sie uns, seien wir doch mal ehrlich, längst eingekerkert.“

Werbung

„Sie können nichts belegen“, rief Frohnmaier. „Was hier heute stattfindet, ist so durchsichtig. Es ist böse, und ich sage Ihnen ganz klar: Das wird Ihnen in den Umfragen auch nicht weiterhelfen.“ Die Bürger wüssten genau, was sie von „solchen peinlichen Wahlmanövern“ zu halten hätten.

Handfeste Belege für die Vorwürfe, die die Debatte ausgelöst hatten, konnte kein Abgeordneter liefern. Die Diskussion um angebliche AfD-Anfragen im Auftrag des Kremls hatte Thüringens Innenminister Georg Maier begonnen: Er erklärte, „dass die AfD das parlamentarische Fragerecht dazu missbraucht, gezielt unsere kritische Infrastruktur auszuforschen“.

Es dränge sich der Eindruck auf, dass die AfD mit ihren Anfragen eine Auftragsliste

des Kremls abarbeitet“, sagte Maier ([hier](#) mehr dazu). Sein Innenministerium hatte auf Anfrage von *Apollo News* keine Belege für diese Behauptung liefern können.

Teilen:   

Zu den Kommentaren (61) ↓

 Einmalig  Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:     Pay  Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € Anderer Betrag (€) ▾

→ Weiter zum Zahlen

 Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Zahlungsoptionen: Pay Pay

3,99 € /mtl.

Basis

Keine Unterstützung,
nur Abo

9 € /mtl.

Standard

Unterstützung + Abo

18,36 € /mtl.

Gegen-GEZ

Unterstützung + Abo

50 € /mtl.

Förderer

Unterstützung + Abo

Beliebig (€) ▾

Beträge setzen sich zusammen aus PUR-Abo (3,99 Euro) und einer freiwilligen Unterstützung.

Weiter zum Zahlen

Werbung

Ihr Kommentar ...

61 Kommentare

Relevanz ▾

Es kann nur eine **Effi Ost** geben  06.11.2025 um 16:50 Uhr



Man muss es sich einmal vorstellen: Der Kreml fragt bei der AfD an, ob sie nicht mal ihr parlamentarisches Anfragerecht dazu nutzen könnte, ein paar Geheimnisse auszuspionieren?

Schon diese Vorstellung ist so absurd, dass man nicht weiß, ob man lachen oder weinen soll.

Ich kann mir vorstellen, dass die Geheimdienste der Weltmächte USA, Russland und China auch ohne eine deutsche Oppositionspartei alles über uns wissen, was sie zu wissen begehren.

Warum dann diese Hysterie iZm diesen Anfragen?

Warum sinniert ein SPDler neulich sogar vom Drücken der Lösch Taste, sollte die AfD eine Landesregierung übernehmen?

Diese Intransparenz legt die Vermutung nahe, dass man etwas Brisantes zu verbergen hat.